

# Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Dresd. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land

Zeitungspreis einschließlich Frachtposten monatlich 2000.— M., durch die Post bezogen monatlich 2000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650.— M., Einzelnummer 80.— M., Sonntagsnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Raumzeile 800.— M., auswärts 875.— M., die halbspaltige Werbefläche 1200.— M., auswärts 1300.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger täglicher Ermäßigung, Familienanzeigen, Straßen- u. Wietelzettel 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 90 M.

Nr. 46

Dresden, Freitag den 23. Februar 1923

34. Jahrg.

## Herrn Geßlers Seele

Reichswehrminister Dr. Geßler ist der Typus des Freiwiligers der Vorkriegszeit, der Fortschrittspolitiker, wie er im Buche steht; er zieht einen Strich, der seinem verengten Horizont entspricht und erklärt stürmisch: Der Fortschritt darf bis hierher, auf keinen Fall weiter! Das ist Herr Geßler, und seine Reichswehr steht dementsprechend aus. Das Mißtrauen des republikanischen Deutschlands gegen diesen Mann wird auch nicht abgemildert, sondern eher vermehrt durch die Rede, die er gestern im Reichstage zur Verteidigung seiner merkwürdigen Politik gehalten hat.

Die „Note Föhne“ hatte behauptet, die Leiter der Reichswehr rüsteten zum Bürgerkrieg. Begründet wurde diese Behauptung mit Hinweis auf die Tätigkeit der illegalen Organisationen, deren Besetzung allen jenen, die kritischer veranlagt sind als Herr Geßler, ohne Mitwirkung amtlicher Stellen nicht gut denkbar erscheint. Herr Geßler will von all dem nichts wissen. Soweit die Reichsregierung in Verhandlungen mit den Ländern gestanden habe, hätte sie gerade der „ungeheuerlichen Gefahr, die in der jetzigen Zeit in den illegalen Organisationen liegt“, gegolten.

Der Reichswehrminister sollte sich nicht blümmen stellen, als die Öffentlichkeit ist. Er weiß doch sehr gut, daß in weiten Kreisen des Volkes die Meinung verbreitet ist, die Reichsregierung rüste gegen die Sozialdemokratie. Er weiß auch, welche Symptome diese Auffassung stützen, und er wird sich verhehlen, wenn wir aus naheliegenden Gründen darauf verzichten, eingehender in das darüber vorliegende Material hineinzuführen. Soll das Mißtrauen vor allem der sozialdemokratischen Arbeiterschaft beseitigt werden, so müßte in der Reichswehr erst einmal ein eiserner Keil walten! Oder sollen wir hier alle die Fälle noch einmal anführen, in denen Reichswehroffiziere und Mannschaften sich an antirepublikanischen Kundgebungen beteiligten, ohne daß ihnen etwas Wesentliches passierte? Und was ist das für ein merkwürdiges republikanisches Instrument, das die Hillegardisten so offen in ihre Pulschrechnung einfließen lassen? Welcher Reiz hat die Verfassungstreue der Reichswehr liegt darin, daß in Deutschland reaktionäre Verbände sich nicht nur bilden, sondern auch in militärischen Formationen auf der Eisenbahn herumkutschieren! Und was tut die Reichsregierung gegen solche gemeingefährliche Rundreisen bewaffneter Rechtsdiktatoren? Sie hält Rede über die Schönheiten der Einheitsfront im Ruhrgebiet!

Herr Geßler erklärte in seiner Reichstagsrede: Es wäre verrückt, wenn das entwaffnete Deutschland daran denken sollte, Frankreich oder ein anderes Land anzugreifen; es gäbe gegenwärtig in Deutschland viele Verrückte. Sehr richtig, Herr Reichswehrminister! Und zwar ist das Verrückteste an der Sache, daß so viele dieser Verrückten reichlich Waffen in den Händen haben, und mit ihren guten Beziehungen zur Reichswehr prahlen können! Wo haben Sie sich denn einmal so energisch für Republik und Demokratie, gegen die antimonarchistischen Bestrebungen und das totalitäre Deutschland ausgesprochen — von den Daten, die Sie uns schuldig blieben, nicht zu reden! — daß die Reichswehrleitung nicht als verkappt reaktionär verächtlich werden könnte?

Herr Geßler hat in seiner Rede nebenbei festgestellt, das deutsche Volk habe auch eine Seele. Zwischenruf: Geßler hat zwei. Wahrscheinlich hat auch das deutsche Volk mehrere. Aber die eine ist die Stärkste: die republikanische Seele, und den deutschen Reaktionären sollte der Kampf an der Wunde eine Illustration für das sein, was Deutschland zu erwarten hat, wenn die Gegenrevolution etwa wieder einmal erste machen sollte, wie in Rapp's Tagen. So wenig, wie die französischen Waffen den Kampf oben in Nordwesten entscheiden werden, so wenig werden die Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Republik und Monarchie durch Waffen entschieden. Die politische Reifheit, Organisationsfertigkeit der werktätigen Bevölkerung würden ein Mann wider jeden reaktionären Anschlag aufstellen. Die Sozialdemokratie vor allem denkt nicht daran, einen fremden Militarismus und Papistikismus aus dem Lande zu treiben, um etwa dem einheimischen in den Sattel zu helfen.

Das sollten die vernünftigeren Leute in der demokratischen Partei auch den Vertretern der Reichswehr einmal klar machen. Es erscheint uns dies angesichts dessen, was da und dort im Verborgenen blüht, durchaus notwendig. Auch bei den Demokraten herrscht zwar der Fortschrittspolitiker, der immer Angst vor dem eigenen Fortschrittsideal hat, stark vor. Aber es gibt doch unter diesen matten Nachkommen der alten 1848er auch vernünftige Leute, und die müßten doch noch Gehör dafür haben, wie komisch es ist, wenn in dem kommenden Märztagen die demokratische Jugend ihre Fahnen vor den Gräbern der Märzrevolutionäre reaktionärer Reichswehrteile taufend zuseht.

gefallen senken wird, während die Demokratische Partei einen Reichswehrminister führt, der den schwärzestrotzen Ausschreitungen reaktionärer Reichswehrteile bisher tatlos zusah. Aus Geßlers Rede und den Äußerungen der demokratischen Presse klingt's, als sollte manches künftig anders werden. Wie oft haben wir das schon gehört! Wir geben darum mit abwartender Zurückhaltung wieder, was der amtliche Preussische Pressedienst zu der Behauptung der roten Fahne, das Reichswehrministerium heute jetzt die Orgelverbände planmäßig aus, schreibt:

Vor kurzer Zeit ist nach monatelangen Verhandlungen eine Verständigung der preussischen Staatserziehung mit den autonomen Reichsteilen über die Mittel und Wege auf den Weg gekommen, mit deren Hilfe die innerpolitische Neuordnung durch die zahlreichen, trotz allen Verbots weiter bestehenden, aber unter anderem Namen neu erscheinenden Selbstorganisations- und Kulturbestrebungen gefördert werden soll. Es geht aus dem Bericht, daß die bereits gekennzeichneten Vereinigungen sich für die Förderung des Schulwesens oder der polizeilichen Natur annehmen, die allein vom Staat und Reich zu erfüllen sind. Im Sinne des zitierten Fernernehmens wird von Staats- und Reichsregierung fortan in gleicher Weise vorgegangen und insbesondere jeder Möglichkeit oder dem Verbot eines Zusammenhanges von solchen Verbänden mit Staats- oder Reichsbehörden oder mit Beamten vorgebeugt werden.

Das Berliner Tageblatt schlägt auf den Tisch und fordert, daß endlich „alle illegalen Organisationen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden“. Die Volkskraft hört ich wohl... Vor allem dürfen die Demokraten nicht glauben, daß sie mit starken Worten von der Verantwortung für den bestehenden Zustand loskommen. Wenn die deutsche Republik in Frankreich als Domäne der Reaktion und des Revanchewillens gilt, so danken wir das nicht zum wenigsten jenem Zweiteilenminister, den sich die Reichswehr sozusagen als demokratisches Feigenblatt vorgebunden hat.

## Aus dem Kampfgebiet

Die Meldungen vom Ringen im Ruhrgebiet belangen, daß sich die Maßnahmen auf beiden Seiten verschärfen. Poincaré und Deunin (Belgien) haben auf ihrer Pariser Konferenz beschlossen, „das ganze Gebiet in französisch-belgische Verwaltung zu übernehmen“ und dadurch „Arbeit und Verkehr zu sichern“. Man will also das Kohlenrevier einfach — französisieren. Augleich soll eine „heimliche Bewegung“ gemacht werden. Im besetzten Gebiet hat man als „geheime Straße“ proklamiert, die allein für den Verkehr

mit dem unbesetzten Gebiet zugelassen würden. Alle andern Straßen würden gesperrt. Selbst auf den „geheimen Straßen“ soll jeder Verkehr von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten sein. So und ähnlich haust man weiter. Zwölf Hauptkolonnen hat man neu bejeht. Bei der Besetzung von Valenciennes hat man 28 Lokomotiven und 160 volle Kohlenwagen angeteilt. Die Rheinlandkommission meldet triumphierend, daß sie bis jetzt 487 Personen aus dem Ruhrlande ausgewiesen habe. Fortsetzung folgt. Bis 16. Februar sind 95 Sitzungen verboten worden, darunter 14 sozialdemokratische.

Die Reichsregierung erklärt erneut, daß alle Beschlüsse der Besatzungsbehörden ungesetzlich, willkürlich und rechtswidrig sind. Ihre Befolgung ist ein Verbrechen am deutschen Vaterland.

Dachau, 22. Februar. (Eigen. Drahtbericht.) Die Franzosen besetzten heute am Donnerstag mittags das Amtsgericht in Dachau. Ein des Wines kommendes junges Mädchen wurde von den Soldaten in roher Weise unter Anwendung von Gewehrkugeln dem Bürgerkrieg getrieben. Mehrere Soldaten, die das beobachtet hatten, brachten ihre Enttäuschung hierüber durch Pfeifzüge zum Ausdruck. Hieraus schloßen die Soldaten ohne weiteres in die Menge. Auf der Stelle wurde durch Schuß der Arbeiter Robert Moh tot. Scherzhaft wurde durch einen Arbeiter ein Wachhalter und durch einen Oberleutnant ein Oberstabsfeldwebel.

Dachau, 23. Februar. (Bürgerliche Pressemeldung.) Bei ihrem Vorstoß nach Dachau drangen starke französische Truppenaufschübe in ein Warenhaus und in die umliegenden Geschäfte ein und requirierten, was ihnen in die Hände kam. Im Anschluß daran drangen die Franzosen in das Landgerichtshaus, beschlagnahmten die Akten der Staatsanwaltschaft und verschafften den Oberstaatsanwalt Eitelinger.

Heber Dachau wurde der verschärfte Belagerungsstatus verhängt.

Reddinghausen, 23. Februar. Das Militärgericht verurteilte den Pura rmeier Dr. Süßamp aus Dorne zu sechs Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe.

## Falsche Bürgerkriegsgerichte

Berlin, 23. Februar. (E. P. D.) In der bürgerlichen Propaganda wird eine Nachricht verbreitet, nach der mit der Reichsregierung und den Reichstagsparteien vereinbart worden sei, vorläufig alle Gesekentwürfe, die schärfere Gesetze zwischen den Parteien hervorzurufen werden, unterbleiben zu lassen, bis sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet geklärt haben. Aus dem gleichen Grunde sollen auch neue Gesekentwürfe nicht vorgelegt werden, wie das Arbeitszeitgesetz, die Schlichtungsordnung und die Strafprozessreform. Im Interesse einer deutschen Einheitsfront solle jenseits das Republikstimmgesetz milde gehandhabt werden.

Wir stellen dazu fest, daß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von einer solchen Abmachung nichts bekannt ist. Mit der sozialdemokratischen Fraktion ist über eine solche Haltung nicht verhandelt worden. Daher erübrigen sich auch alle an diese Mitteilung geknüpften Schlußfolgerungen.

## Fascistische Amazonen

Die Internat. Pressekorrespondenz berichtet:

Der größte Teil der fascistischen Frauen stammt aus Kleinbürgerlichen Kreisen. Die Aristokraten und die Frauen der Großbourgeoisie befaßen sich im allgemeinen wenig mit der Politik, ihr „gutes Herz“ treibt sie einzig und allein zur Wohltätigkeit.

Die Frauen des Kleinbürgertums waren in den Jahren 1919 und 1920 von Friedensgefühlen erfüllt; sie sympathisierten mit jenen Parteien, die auf ihre Fahne den goldenen Mittelweg geschrieben haben. Sie hielten sich daher sowohl von der kommunistischen Partei als auch von der reaktionären Partei fern. Die Mitglieder der Christlichen Sozialistischen Partei (Partito Popolare) rekrutierten sich im Jahre 1919 bis 1920 zum größten Teil aus den Frauen des Kleinbürgertums. Diese Partei propagierte auch eifrig das Wahlrecht der Frauen, verfaßte einen Entwurf über Arbeiterinnenschaft und Anerkennung der unehelichen Kinder. Aber sie wollten nichts mit der revolutionären Bewegung zu tun haben, weil sie vor der Gewalt zurückschreckten. Wie ist es nun möglich, daß dieselben Frauen sich heute den Faschisten anschließen und mit deren Programm vollständig einverstanden sind, mit einem Programm, das die Gewalt als Prinzip in ihr Programm aufnahm? Wie ist es zu erklären, daß all diese Frauen ihre Friedensgefühle verloren haben und nun sogar in den antiproletarischen Kampfaktionen (quadre d'azione) aktiv Anteil nehmen?

Dies ist eine psychologische Umwandlung von größter Bedeutung vor sich gegangen: Die Kleinbürgerlichen Parteien haben im Verlauf von drei Jahren vollständig bankrott gemacht. Sie hielten keine einzige ihrer Versprechungen. Da wandte sich das Kleinbürgertum von ihnen ab.

Als die ersten fascistischen Gruppen auftraten, da achteten die Kleinbürgerlichen Parteien noch nicht, daß sie ihren Tod bedeuteten, und sie ermutigten durch ihr Verhalten noch die Faschisten. So trat das Kleinbürgertum immer mehr in den Hintergrund, und binnen Kurzem blieben nur zwei Hauptbestandteile in der politischen Arena: die fascistischen und die proletarischen Parteien. Die Kleinbürgerlichen Parteien verloren jeden Anhang und schrumpften zu kleinen politisierenden Gruppen zusammen. So war die politische Lage in den Jahren 1921 bis zum Winter 1922.

In dieser Zeit ist die Frauenfrage völlig in den Hintergrund getreten, und die Kleinbürgerlichen Frauen zogen sich von der Politik immer mehr zurück. Als der Faschismus den Höhepunkt seiner Macht erreichte, tauchten die ersten fascistischen Frauengruppen auf. Es waren Studenteninnen; aber bald schlossen sich ihnen auch viele Beamtinnen und Frauen aus kaufmännischen Familien an. Die Frauen, die im Jahre 1919 noch

für den Weltfrieden geschwärmt hatten, erschienen jetzt in schwarzen Hemden mit dem Korb der Amazonen. Das hat unter den Frauen eine große Begeisterung hervorgerufen, und die fascistischen Truppen wurden durch viele weibliche Mitglieder verstärkt. Sie erwarteten sich nach kurzer Zeit schon ihren sogenannten „Morgenheim“ durch die Verwertung von Volkshäusern, von proletarischen Redaktionen usw.

Hier soll nur von einer Episode berichtet werden, bei der die fascistischen Frauen als „Soldatinnen“ aufgetreten sind. Die Faschisten aus Pisa beschloßen, sich von dem in ganz Italien bekannten kommunistischen Lehrer Cammeo zu befreien. Nach diesem Beschluß erschienen einige Schwarzhemdenlerinnen vor der Schule, wo Cammeo den Kindern Unterricht erteilte. Sie ließen ihn durch den Schuldiener herausrufen. Genosse Cammeo näherte sich lächelnd den fascistischen „Damen“, aber er fiel von einer Kugel getroffen tot zu Boden. Alle übrigen Episoden gleichen der oben erwähnten.

Ungefähr 10 000 Frauen nehmen gegenwärtig an der fascistischen Bewegung teil, obwohl der Faschismus keine einzige Frauenforderung in seinem Programm aufgenommen hat. Den Kleinbürgerlichen Frauen, die in den Jahren 1919 und 1920 für das Wahlrecht der Frauen, für Kinder- und Arbeiterinnenschaft gekämpft haben, fehlen heute alle politischen Wünsche; sie fühlen sich befriedigt bei dem Gedanken, die revolutionäre Bewegung vernichtet zu haben. Mussolini hat seit seiner Herrschaft nur eine einzige Maßnahme in Bezug auf die Frauen getroffen: er sandte allen Präfekten ein Rundschreiben zu, nach dem alle Prostituierten fremder Abstammung aus Italien ausgewiesen werden müßten. Protektionismus und Nationalismus auf der ganzen Linie. Die wirtschaftliche Krise, die in Italien herrscht, wird dadurch nicht gelöst und auch das Elend der Massen von Arbeiterinnen nicht gemildert.

Die Kleinbürgerlichen Schichten sind zu schwankend, um die sichere Basis einer antiproletarischen Regierung zu bilden. Schon jetzt zeigen sich deutlich Symptome hierfür. Die Regierung Mussolinis hat Tausenden von Staatsbeamten gekündigt, sie hat den Hunger der Wieterräte trotz der furchtbaren Wohnungsnot verboten usw. All diese Gesekentwürfe haben unter den Kleinbürgerlichen Frauen eine große Erbitterung hervorgerufen. Auch ohne Propaganda zu sein, können wir den Tag voraussehen, an dem diese Frauen, die in den Jahren 1919 und 1920 Faschistinnen, im Jahre 1922 Wieterrätefrauen waren, vom Elend und vom Hunger getrieben, die Möglichkeit suchen werden, in der proletarischen Bewegung eines Ausweges zu finden.